

Bezugspreis: Vierteljahr 16,50 M., monatlich 5,50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Raupostzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 20. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Amerika gegen Versailles.

Paris, 19. Februar. (WTB) Der Washingtoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ vertritt in seiner gestrigen Rede den Standpunkt, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages nach dem Tode Lord Balfours, nach dem Rücktritt Lansing und dem Ultimatum Wilson in der Zukunft allgemein als unmöglich angesehen werde.

Paris, 19. Februar. Nach einer Washingtoner Meldung des „New York Herald“ haben die Herren Präsident Wilson unterfragt, dem für gestern angelegten Ministerium zu präsidieren.

Holland im Völkerbund.

Haag, 19. Februar. Nach einer ausführlichen Besprechung durch den Minister des Auswärtigen van Karnebeek hat die Zweite Kammer mit 59 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend den Zutritt Hollands zum Völkerbund angenommen.

Der Minister des Auswärtigen erklärte u. a. daß die Zulassung der Mittelmächte nur eine Frage der Zeit sei und daß der Zutritt ganz im Sinne des Völkerbundes liegt.

Die Verbrecherherrschaft in Budapest.

Der Redakteur der „Nepszava“ ermordet.

Wien, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Chefredakteur des Budapesters sozialistischen Organes „Nepszava“, Genosse Somogyi, ist von der aus Offizieren bestehenden Präsidentschaft (Weißer Schrecken) ermordet worden.

Somogyi war nicht Vollschweiß, sondern Rechtssozialist. Die „Nepszava“ ist das altbekannte und hochangesehene Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Deschanel's Botschaft.

Volle Erfüllung des Vertrags.

Paris, 19. Februar. (WTB) In seiner Botschaft, die heute in der Kammer und im Senat verlesen wurde, sagt Präsident Deschanel u. a.: in der Vereinigung aller siegreichen Völker liegt die erste Sicherheit für den Frieden und die Grundlage für die Gesellschaft der Nationen, der der Vertrag von Versailles die Ausführung gewisser grundlegenden Bedingungen anvertraut habe.

gänzt wurden, in dem die Zusage ausgesprochen wird, daß bei der Auslegung der Vertragsbestimmungen betreffend die Durchmarschverbot für fremde Truppen das Mitbestimmungsrecht Hollands geschätzt werden wird.

Zur Auslieferungsfrage.

Uebergriffe der Franzosen.

Kannheim, 18. Februar. Die Pfalzzentrale meldet: Nachdem die französische Regierung in der Auslieferungsfrage sich damit einverstanden erklärt hat, die Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig vorzunehmen zu lassen, wurde am 17. Februar der Ingenieur der badischen Kautschukfabrik von Imhoff, wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Genarmen verhaftet.

England und die türkische Frage.

Paris, 19. Februar. (WTB) Nach einer Londoner Meldung des „Welt Posten“ scheint England jetzt wiederum gewisse Vorbehalte hinsichtlich der Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft in Konstantinopel zu machen.

Völkerrecht und Reaktion.

Die Erkenntnis, daß das deutsche Volk nach seiner Niederlage in ganz anderer Weise als bisher vom Geist des Völkerrechts durchdrungen werden muß, bricht sich immer mehr Bahn.

Nicht ist seit Jahren als der schärfste Gegner völkerrechtlicher Ideen, die auf Verständigung hinarbeiten, bekannt. Seine reaktionären Ansichten über Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit hat Professor Schäding in seinem großen Werke über den Staatensvertrag der Danner Konferenzen als „geradezu ungeheuerlich“ bezeichnet.

Arbeitszwang in Estland.

Helsingfors, 18. Februar. (WTB) Die estnische Regierung hat beschlossen, 15000 Arbeiter zwangsweise zur Holzarbeit in den Wäldern verwenden.

Helsingfors, 18. Februar. Der estnische Oberbefehlshaber, General Laiboner, hat infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung wegen des Friedensschlusses seinen Abschied genommen.

Revolution am Stillen Ozean.

Warschau, 19. Februar. Ein Funktelegramm aus Moskau meldet: Nach Berichten von der Ostfront ist in Bladimowsk, Nikolajewsk und Blagowestskien die Revolution ausgedroht.

Deutschland und Rußland.

Eine Unterredung mit dem Vertreter Sowjetrußlands.

Ein Mitglied unserer Redaktion hatte gestern eine Unterredung mit dem neu ernannten Vertreter Sowjetrußlands in Berlin, Herrn Wladimir Kopp, der beauftragt ist, Verhandlungen mit der deutschen Regierung über den Austausch der übereinstimmend Kriegsgefangenen zu führen.

Die Verhandlungen haben noch nicht begonnen. Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, deren Heimkehr aus Rußland nunmehr in die Wege geleitet werden soll, beträgt etwa 30 000 Mann.

Die russischen Gefangenen, deren Freilassung aus den Gefangenenlagern von der deutschen Regierung zugestanden werden soll, erreichen immer noch die ansehnliche Höhe von einer Viertelmillion Mann.

Die Frage unseres Kollegen, ob die gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland mit der Erledigung der Gefangenenfrage sich nicht verbessern dürften, verneint Herr Kopp.

In diesem Zusammenhang wies unser Kollege auf die Vorbereitungen der Entente zur Wiederaufnahme des Handels mit Rußland hin, unter anderem darauf, daß besonders die Engländer in aller Welt Rubel aufkaufen.

Dazu bemerkte Herr Kopp, daß sich in dieser Beziehung die Entente leicht eine falsche Rechnung machen dürfte. Ein Austausch von Waren gegen Geld wäre auf Grund der heutigen Valutaverhältnisse das Torädeste und Unmöglichste, was Rußland tun könne.

Auf die Erkundigung nach den Möglichkeiten der Auswanderung deutscher werktätiger Massen in russisches Gebiet gab Herr Kopp seiner Hoffnung Ausdruck, daß die hierfür bereits eingeleiteten Vorbereitungen bald zur Einreise in Rußland fehnlich erwarteter geduldeter Arbeiter noch wohlüberdachten Plan führen werden.

Unser Redaktionsmitglied fragte Herrn Kopp, wie er sich freundschaftliche Beziehungen zwischen den

beiden Ländern vorstelle, angesichts der russischen Neigung, sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzumischen. Bei aller Freundschaft, mit der Deutschland diese auszuführende bereit sei, könne es keinen Wert darauf legen, politische Brandfackeln aus dem Osten einzuführen. Erst dieser Tage sei in einem Hamburger kommunistischen Verlag eine Broschüre aus der Feder des russischen Volkskommissars der Außenpolitik Tschitcherin erschienen, die sich an die deutschen Arbeiter wendet, um ihnen die Notwendigkeit des Sturzes der heutigen Regierung Deutschlands darzulegen.

Darauf entgegnete Herr Kopp, daß sich ja auch die deutsche Regierung nicht rühme, die inneren Verhältnisse Sowjetrußlands als ein Blümlein Nüchternheit betrachten zu haben. In Gemeinschaft mit den Alliierten und den gegenrevolutionären Generälen haben deutsche Truppen (aber gegen den Willen der deutschen Regierung, Red. d. A.) gegen die Soldaten der Mätemacht gekämpft, aus deutschen Gefangenenlagern heraus seien die Bestände russischer gegenrevolutionärer Truppen ergänzt und besonders in Deutschland habe der russische gegenrevolutionäre Werbedienst eine starke Tätigkeit betrieben. Beiß Rußland, wie nötig ihm freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland sind, so wäre es töricht, diese aus agitatorischen Gründen zu verderben. Als Marxisten wissen die Volkskommissare viel zu gut, daß sich eine soziale Umwälzung nicht „machen“ läßt, führt sie der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht selbst herbei. Rußland muß vorerst an Rußland denken und ohne den Glauben an die Weltrevolution aufzugeben, wissen die heutigen Führer des russischen Volkes doch viel zu gut, daß sie den Lebensinteressen des russischen Volkes verpflichtet sind, und die erbischen weniger Rhetorik als praktische Realpolitik.

„Über auch Deutschland,“ sagte Herr Kopp zum Schluß, „hat kein Interesse am Sturz der Rätereublik, deren Bestand, fest gegründet in den russischen Arbeitern und Bauern, endgültig gesichert ist. Es kann keine andere Regierung geben, die natürlicherweise Deutschland so freundlich gesinnt ist, wie die heutige Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands. Ganz abgesehen vom Interesse des deutschen Sozialismus, der beim Wiedererstehen einer aggressiv-imperialistischen Macht im Osten völlig allein in der Welt stehen würde! Das russische Volk ist das einzige, das heute dem deutschen nicht mit dem Willen und der Macht zur Ausbeutung und Unterdrückung gegenübersteht, wie auch das deutsche Volk dasjenige ist, das am ehesten dazu geeignet erscheint, zum eigenen Vorteil ein großes, freies und friedliches Rußland der Arbeit aufzubauen zu helfen. Es geht aufwärts im Osten, trotz aller Not, die das große Wagnis und die Feindschaft der ganzen Welt erzeugen mußte; vieles ist erlitten, was über die Verhältnisse in Sowjetrußland geschrieben wird. Der Bürgerkrieg ist zu Ende — schon seit geraumer Zeit werden von den Außerordentlichen Kommissionen keine Todesurteile mehr vollstreckt — und nichts hindert Deutschland, ja jede Erwägung zwingt es dazu, zu erkennen, daß beide Völker vieles, wenn nicht alles, aneinander zu gewinnen haben.“

Nachschrift der Redaktion: Die höchst bemerkenswerten Ausführungen des russischen Bevollmächtigten sind klar genug, um keines Kommentars zu bedürfen. Mißverständnisse bedauerlicher Art könnten aber hervorgerufen werden durch eine plötzliche Schwankung der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“, die sich gestern Abend mit einem Freudenstreich Sowjetrußland in die Arme warf. Mit dem Köstlein aller roten zusammen wollen die Schwarzweisseroten gegen England reiten, eine Kumpanei! Es ist schwer zu unterscheiden, was sich im Kopf des Ber-

fassers und was sich im Sogebirnen verlohoben hatte, wenn man am Schluß jenes Artikels folgende Zeilen liest:

Hätten wir eine auswärtige Politik, ja dann wären wir vielleicht bald soweit, dem die Einkreisung vervollständigenden Versailler Völkerverbund einen anderen Bund entgegen zu setzen: den mitteleuropäisch-asiatischen! Realpolitik! Wenn jemals am Bloke, dann heute. Keine Parteipolitik! Keine Sentimentalpolitik! Große Kurfürsten-Politik! . . .

Dieses Gelächter steht unter dem Niveau, auf dem eine Diskussion möglich ist. Es sei nur kurz gesagt, was für das Inland selbstverständlich, nur für das Ausland vielleicht zu sagen notwendig ist: In Deutschland kann es keinen verantwortlichen Politiker geben, der die Vorklänge der „Deutschen Zeitung“ in ernste Erwägung zöge, ein solcher Mann würde sofort ärztlicher Behandlung überwiesen werden.

Die verantwortlichen Politiker Deutschlands wissen, daß in den Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues alle Völker solidarische Interessen besitzen und aufeinander angewiesen sind. Ein solches Verhältnis besteht zwischen Deutschland und Rußland genau so wie zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Deutschland und England. Deutschland will in Rußland Wiederaufbauarbeit leisten nicht gegen die Weltmächte, sondern Hand in Hand mit ihnen. So liegen die Dinge klar und einfach. Das Narrengeflüster der „Deutschen Zeitung“ kann ernste Politiker des Auslands nicht alarmieren, sondern höchstens nur wieder Narren!

### Barbusse gegen die Auslieferung.

Der berühmte sozialistische Schriftsteller Henri Barbusse hat sich von Paris aus telegraphisch an die von St. Großmann herausgegebene Zeitschrift „Das Tagesbuch“ folgendermaßen zur Auslieferungsmfrage geäußert:

Meine Meinung über die Auslieferung der schuldigen Deutschen und besonders des Kaisers habe ich bereits öffentlich in einer Entschuldigungs-Kundgebung, die ich auf dem Nationalkongress des Republikanischen Bundes ehemaliger Kriegsteilnehmer im vorigen September annehmen ließ. Meine Meinung wird nicht nur von meinen Freunden geteilt, sondern auch von allen Genossen der „Clarte“. Wir betrachten die Offiziere, die Fürsten und den Kaiser als Schuldige und sind der Meinung, daß die Strafe, die sie treffen wird, nicht unbedeutend ist.

Aber wir sehen auch in den anderen Ländern große und kleine Schuldige, und eine wirkliche Gerechtigkeit müßte auch diese anklagen und verurteilen. Wir lehnen das Auslieferungsgesuch ab, wie die Verbündeten es fordern, ab, nicht weil wir die auf der Auslieferungsliste stehenden für schuldig halten, sondern weil das Auslieferungsgesuch unvollständig ist und einen Racheakt darstellt und mit wahrer Gerechtigkeit nichts zu tun hat. Wir fügen hinzu, daß man die Verantwortung für den Krieg nicht auf eine Regierung allein wälzen darf, obwohl wir wissen, daß der deutsche Kaiser sein gerüttelt: Maß an Schuld zu verantworten hat. Der gegenwärtige soziale Zustand Europas macht den Krieg unvermeidlich, und man täuscht die öffentliche Meinung, wenn man behauptet, diese Frage durch die Züchtigung der schuldigen Führer lösen zu können. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die deutschen Offiziere Kriegsgreuel (Atrocités) verschuldet. Wir wissen aber, daß Kriegsgreuel von allen Parteien verübt worden sind, und wir wenden uns infolgedessen gegen ein System, das geneigt ist, eine Sachlage zu entschuldigen, die aus der Barbarei und der Schande des Militarismus entspringt. Hier, wie überall, bewachen wir die Dinge von einem internationalen Gesichtspunkt aus, der unserer Meinung nach der einzig wahrhaft menschliche ist.

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir diesen Standpunkt des Verfassers von „Feuer“ und „Erluchtung“ begrüßen und daß wir seine Ausführungen, die ein Muster an sozialistischer und internationaler

Objektivität darstellen, Wort für Wort uns zu eigen machen.

In der nach dem Versailler Friedensvertrag regierten Welt sind Männer wie Henri Barbusse ein Trost — und eine Hoffnung!

### Die englischen Arbeiter gegen Versailles.

Die Unabhängige Arbeiter-Partei Englands (Independent Labour Party) veranstaltet am kommenden Sonntag in ganz England große Kundgebungen:

1. um gegen die „ungeheuerlichen Bedingungen des Friedensvertrages“ zu protestieren;
2. um eine „durchschlagende Revision“ dieser Bedingungen zu verlangen;
3. um die Solidarität der I. L. P. mit den sozialistischen Parteien der ganzen Welt zu betonen;
4. um festzustellen, daß die I. L. P. gegen den Krieg war, weil Anhänger einer internationalen Politik, und daß sie für einen gerechten und dauernden Frieden war.

### Baltikum in Pommern.

#### Eiserne Division und eiserne Stirnen.

Nachdem die deutsch-nationale Presse ein paar Tage lang auf unsere Feststellungen über die militärische Geheimbündelei zwischen pommerschen Junkern und ehemaligen Baltikumern geschwiegen hat, ergreift jetzt endlich die „Deutsche Tageszeitung“ das Wort, um mit dreifacher Stimme alles zu leugnen. Wichtig sei nur, daß die Angehörigen eines aufgelösten ehemaligen Sturmabteiles auf den Gütern Arbeit gefunden hätten, aber bewaffnet seien sie nicht. Zumeist wird zugegeben:

Daß hier und da einer dieser ehemaligen Soldaten eine Waffe durchgeschmuggelt haben mag, liegt in der Natur der Dinge; auch wenn die Redaktion des „Vorwärts“ selber damit bestraft worden wäre, diese Leute unterzubringen und auf Waffen zu kontrollieren, würde es ihr sicher nicht gelingen sein, diese Aufgabe vollständig zu lösen. (O ja! Red. d. A.)

Die Wagenladungen von Waffen und Munition, die außerhalb der Gütern abgeladen wurden, kann man dreist ableugnen, denn sie sind inzwischen gut versteckt worden.

Aber da bleibt immer noch als peinlicher Rest jenes Flugblatt vom Verein ehemaliger Angehöriger der Eisernen Division, aus dem wir jüngst ein paar bezeichnende Stellen veröffentlicht haben, die den wahren Charakter dieser politisch-militärischen Verschönerung mit aller Deutlichkeit enthüllen. Die kommt man darüber hinweg? Höchst einfach, man leugnet alles. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt:

Dieses merkwürdig abgefaßte Flugblatt ist offenbar ebenso Schwundel wie alle anderen Behauptungen der „Vorwärts“-Gewährsmänner. Es mag gewiss sein, daß einzelne dieser früheren Baltikumkämpfer gelegentlich Aeußerungen tun, die für die Goldmünze nicht besonders geeignet sind; angesichts der Schäden, die in welcher sie von der Regierung der glorreichen deutschen Republik im Osten gelassen worden sind, wäre es geradezu ein Wunder, wenn solche Aeußerungen des Unmuts nicht vorkämen. Besonders dürften derartige Auslassungen — dafür bestehen bestimmte Anhaltspunkte — gegenüber sozialdemokratischen Spitzeln hier und da gemacht worden sein; und auf den Behauptungen dieser ehemaligen Freunde des „Vorwärts“ beruht wahrscheinlich jenes angebliche Flugblatt, ebenso wie die Berichte des sozialdemokratischen Zentralkomitees.

Die „Deutsche Tageszeitung“ mag sich beruhigen. Dieses Flugblatt ist ebenso wenig ein Schwundel, wie der Graf Kedenlow ein Geist ist oder Geist hat. Es beruht auch nicht auf Aussagen irgendwelcher Leute, sondern liegt uns im Original doppelseitig gedruckt vor.

Wir sind gern bereit, einen Vertrauensmann der „Deutschen Tageszeitung“ zu empfangen, um ihm dieses Dokument vorzulegen.

### Der malerische Winkel.

Die würdigen, mehr oder minder standesbewußten Bürger lassen jeden Besuch, den sie bekommen, ihn anstauen, den malerischen Winkel.

Die Oberlehrer und Lehrer führen alljährlich ihre Kinder hin zu ihm und erläutern ihnen die „historische Bedeutsamkeit“ des malerischen Winkels und lassen große Aufsätze über ihn schreiben. Die Schüler und Schülerinnen sämtlicher umliegenden Kunstgewerbeschulen versuchen ihre ersten Kritikelartikel — pardon — Zeugnisaufsätze an dem malerischen Winkel.

Ein Professor aus der Hauptstadt durchstöberte ihn einstweilen acht Tage lang, fotografierte ihn von allen Seiten und hielt den wichtigsten Bürgern der Stadt einen stundenlangen Vortrag über das „Kleinod mittelalterlicher Städtebaukunst“, das sie in ihren Mauern bergen.

Der Besitzer dieses „Kleinods“ Kopft sich behäbig auf das runde Bäuchlein und ist mit der Rentabilität seines Besitztums äußerst zufrieden.

Nur die Bewohner des malerischen Winkels, Kermis der Armen, Schimpfen über die wackeligen Treppen, die feuchten, gewürm- und Ingezielter beherbergenden Mauern, über die stickigen, dunklen Stuben, die durch Zwischenwände noch dumper — und reutabler gemacht worden sind. Schimpfen und streiten sich um die halbbrecherische Reinigung der steilen Treppen, über die einzigen Saftstücke, den einzigen heißen Boden, den einzigen trockenen Keller. Schimpfen und verfluchen den Wirt und hassen ihr Heim, dessen dumpfe Mittelalterlichkeit auf ihnen lastet wie ein Sklavenjoch, das jedem sagt: „Hier wohnen die, die nicht hinaus können aus Elend und niedriger Iron.“

Gartenstadt und Volkspark. Vom Westende der Stadt Altona wird uns geschrieben: Eine der größten innerhalb des Reichs im Bau befindlichen Siedlungen ist die Altonaer Gartenstadt „Stoentamp“. Im Stand der Arbeiten steht sie an der Spitze sämtlicher Siedlungsunternehmen; von den Hunderten von freundlichen Einfamilienhäusern, die dort in wenigen Monaten entstehen sind, werden die meisten schon im kommenden Frühjahr ihren künftigen Bewohnern übergeben werden. Geschaffen wird die Siedlung von der unter Beteiligung der Stadt errichteten Gemeinnützigen Heimstätten-V.G. Altona, einer Tochtergesellschaft der von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte finanzierten Gemeinnützigen V.G. für Angestellte-Heimstätten. Die Kolonie umfaßt im wesentlichen Einfamilienhäuser mit Wohnungen von drei bis fünf Zimmern. Jedes Stübchen erhält ein Gartengrundstück in der Größe von etwa 200 bis 300 Quadratmetern. Neben dem Hauptweg ist auch der Nebenweg zulässig, und zwar werden sich die Altonaer voraussichtlich zwischen 50 und 1200 M. bewegen. Das sind zumal für eine Großstadt erstmalig niedrige Beträge. Dabei ist die Ausführung auch noch den Begriffen früherer, besserer Zeiten angeordnet. Die Stadt Altona betreibt selbst in ihrer großen Stadtgießerei die Herstellung der Ziegel, so daß der allbewährte Dachsteinbau beibehalten werden konnte. Sämtliche

Fenster sind Doppelfenster, was im Hinblick auf die sicherlich noch lange anhaltenden Schwierigkeiten der Kohlenversorgung heute weniger denn je als ein Luxus angesehen werden kann.

Unweit der Siedlung, zu der auch zwei Heime für erwerbsfähige Männer und Frauen gehören, wird ein großer keltischer Volkspark von mehr als einer Million Quadratmeter Flächeninhalt geschaffen. Weitgehende Anlagen und prächtige Bäume und Biederhaine, ein Stadion, etwa 40 Tennis-, Fußball- und Hockeypplätze und andere sportliche Einrichtungen werden dort für die natur- und sporttreudigen Stadtbewohner hergerichtet. Jedenfalls geht hier ein Werk seiner Vollendung entgegen, das als eine Kulturarbeit weithin Beachtung verdient.

Die Scham von Wissenheim. Im Kreis Düren ist ein großes Lachen im Gange. Etwelche Einwohner des zugehörigen Dorfes Wissenheim bei Rixingen haben den Namen ihrer Heimat nicht länger ertragen. Sie ließen sich mehrere tausende Mark kosten, und nun ist er überwunden. Ein anderer tritt an seine Stelle. Aus der ländernden Umhau gingen sie als Inassen von nunmehr Muldenau hervor. Ihre Scham hat gestiftet, ein Heigenblatt deckt den Namen, der ihnen ein Kergernis war. Aus Gründen der Stillsicht? Wird wohl so sein. Aber auch hier wird es heißen: teils dreierhalb, teils auherdem. Der alte Name trug den Wissenheimern sicherlich manche Rederei ein. Aber wenn die im Grunde harmlos war, für sie was sie schwerer. Und nun? Haben sie dem Spak, den ihr Stolz nicht länger duldet, nach ihrer Rechnung das Köderlein verstopft, so ist jetzt dafür ein dickes Rohr aufgeschlungen. Der ganze Dürener Kreis lacht und der Spott wird sorgen, daß der alte Name lustig weiterlebt. Man wirt heutzutage keinen Anlaß zu sinniger Hetzerkeit leichtfertig über Wort.

Ein Dürener Geschichtsgelehrter hat den Fall sofort aufgegriffen. Er leuchtet den schwablen Umäufern loeben in der „W. N. N.“ schönend, aber deutlich heim. Das ist, ruft er, eine Sünde wider den heiligen Geist der Geschichte. Wissenheim ist einer der ältesten Orte des Kreises Düren und wird als Wissenheim schon in einer Urkunde des Königs Iwentibold vom 4. Juni 898 genannt. Der Ort hat also den jetzt getragenen Namen mehr als tausend Jahre geführt, ohne daß die Bewohner sich dessen geschämt oder an Leid oder Seele durch ihn Schaden genommen hätten. Ich weiß nicht, wer diese lächerliche Tat angeregt, durchgeführt und so dem Ort unwürdige Kosten verursacht hat; ich bin aber überzeugt, daß es kein Urteilsgefesselter war, denn unsre nervenstarken Bauern sind nicht so zimperlich, sondern gewöhnt, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. In spätem Urkunden heißt der Ort Wissenheim; Wissen, Vessien spricht der Volksmund, wodurch der able Klang des Namens istwunder. Dazu sind wir in der seltenen Lage, seine Entschuldigend restlos zu deuten. Wissen hat im Althochdeutschen die allgemeine Bedeutung „eine Flüssigkeit ausströmen oder strahlend emporzudringen lassen“, als die fränkischen Ansetzler nach Zerstörung der von mir nachgewiesenen römischen Ansiedlung hier eine neue Siedlung gründeten, da nannten sie diese nach der dort heil emporsichendenden Quelle des in den Kesselbach stehenden Baches.

Daß das Ergebnis der nun unzulässigen Namensänderung nicht nur geschichtlich, sondern auch vom sprachlichen Standpunkt aus verfehlt ist, weiß Dr. Schoop in weiteren Ausführungen nach, die ihre Richtigkeit haben mögen. Berechtigt ist aber auch seine Verwunderung, daß man „in Berlin“, ohne sich beim Dürener Stadtrat

nach den Rechten des alten Namens zu erkundigen, der Scham von Wissenheim allzu wüßig beigeprägungen ist. Nun wird der alte nette Name, der bisher nur in engem Bezirk einen Ruf hatte, erst recht im übrigen Deutschland „strahlend emporzudringen“.

Stefan Großmann sendet uns in Anknüpfung an den gestern von uns berichteten Angriff der „Reichsbühne“ folgende Mitteilung: Als alter Mitarbeiter und Freund des „Vorwärts“ darf ich Sie um Aufnahme folgender Nachricht bitten: Die Vorwürfe des Herrn Jacobsohn sind gerade in jener Zeit lebendig geworden, in der meine neue Wochenschrift „Das Tagesbuch“ herauskam und sich durchsichtig. Zur Sache bemerke ich, daß ich niemals pseudonym über Roste oder Toller geschrieben habe. Ich stand mit meinem Namen für Roste im Frühjahr 1910 ein, als es literarische war, ihn Roste zu nennen. Soll mir das vom „Vorwärts“ angekreidet werden? (Wozu diese Frage? Wir haben lediglich, ohne Partei zu nehmen, den Ausbruch des Streites um Großmann registriert, D. Red.) Deshalb habe ich aber doch Toller, dessen Prozeß ich anhöre, für einen reinen Reinken, einen Dichter und Schwärmer gehalten und ich bedauere ihn unter meinem vollen Namen. Das ist nur für einen Theaternarren ein Gegenlag. Das den Kronprinz anlangt, so habe ich einen offensichtlich ironischen Ausfall von Thomas Behrlin in mein „Tagesbuch“ aufgenommen, worin der Kronprinz aufgefordert wurde, sich der Entente selbst zu stellen. Aus ein politischer Idiot konnte die Ironie des Ausfalls verstehen. Nun wirt mir Herr Barnowsky als Antwort auf ein Reinken über seine Tätigkeit vor, ich hätte geschäftliche Interessen an Berliner Theatern. Das ist eine zu dumme Unterlämmigkeit. Ich habe selbstverständlich nie einen Pfennig aus irgendeinem Berliner Theater bezogen. Im vorigen Jahr erst hat Reinhardt meine Hilfe gegen die grossernde Filmerei der Schauspielerei, ich wies ihn an einen Anwalt, der mit Hilfe der Bühnengenossenschaft eine reitende Organisation verfasste. Ich selbst war ehrenamtlich bei drei oder vier Konferenzen anwesend, dann kümmerte ich mich um den Lauf der Sache nicht mehr, bis ich hörte, daß sie gecheitert sei. Mein Gewinn dabei bestand aus Zeitverlust. Herr Barnowsky erzählt dann von einem Lustspiel „Edermann“, das ich dem Lesing-Theater hätte anvertrauen wollen. In Wirklichkeit existiert nur der Einfall zu dem Stück, geschrieben ist nicht eine Szene davon. Weder Herr Barnowsky, noch irgendein anderer Direktor weiß von dem „Edermann“ mehr als ein paar Sätze, die ich vor fünf Jahren einmal im Gespräch hingeworfen habe. Es handelt sich also, wie Sie sehen, um die tollste Kombination von Theater- und literarischen, mit der ich aus durchsichtigen Gründen behelligt werden soll.

Theater. Von Douglas Goldring, dem Generalsekretär der englischen „Clarte“, erscheint ein Drama „Der Kampf um die Freiheit“ im Verlage von Gullak Kappeler, Goldham. — In Stuttgart stellt das Verlonal des Operntheaters wegen verlagter Bühnenleitung. Daß im Leipziger Stadttheater gestellt werde, wird bestimmt.

Die letzte Revolution heißt ein Vortrag, den heute Abend Anton

Ruf aus Wien in der Gesellschaft hält.  
Eine Völkertarve: Nordpolen und Süddeutschland in im Maßstab 1:1 000 000 (zum Preise von 2,20 M.) im Verlage Flemming u. Blohm erschienen. Sie reicht von Riga bis über Krakau hinaus, von Sibirien bis West-Altona.

## Die Heher um jeden Preis.

Die Zuschrift, in der Lloyd George dem deutschen Geschäftsträger Scharmer mitgeteilt hat, daß der Oberste Rat der Alliierten einem Aufschub von drei Monaten für die Herabsetzung der deutschen Wehrmacht zugestimmt hat, ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß die vernünftigen Elemente auf der Gegenseite sich wiederum als stärker erweisen haben, als die Scharmacher.

Es ist aber für die Mentalität der Deutschen nationalen bezeichnend, wie die rechtsstehende Presse dieses neue konkrete Zeichen von Entgegenkommen aufnimmt: man gewinnt immer deutlicher den Eindruck, daß es unseren „Patrioten“ sehr unangelegen kommt, wenn unser Land aus einer gefährlichen Situation durch ein Zugeständnis unserer Gegner befreit wird. Die „Kreuzzeitung“ warnt ihre Leser vor den „unpolitischen Schreibern“, die an gewisse Nachgiebigkeiten der Entente glauben und in ihrer Harmlosigkeit und Ungelehrlichkeit diesen Gedanken auch noch möglichst breit und offen behandeln. Für sie soll mit diesem Aufschub „nur den Interessen der Entente gedient werden“. Deutlicher drückt sich die „Post“ aus, die in diesem Zugeständnis Lloyd Georges „weiterreichende Absichten der Ententestaatsmänner“ vermutet. England denke sich „die deutsche Armee in der Rolle eines englischen Landsknechts, der England selbst Blut und Kosten erspart, um die bolschewistische Gefahr im Osten abzuwehren“. „Es ist nötig“, fügt die „Post“ hinzu, „daß wir den englischen Egoismus, der nichts für Deutschland selbst tut, deutlich erkennen“.

Der „Reichsbote“ schreibt zwar nichts zu dem Brief Lloyd Georges, bringt aber die betreffende Meldung über den uns zugewilligten Aufschub an erster Stelle unter der Ueberschrift: „Zur Vernichtung der deutschen Wehrmacht!“ Der „Lokal-Anzeiger“, dessen schwerindustrielle Hintermänner wohl sehr betrübt sind, daß sie nicht für ein Millionenheer Kriegsmaterial teuer herstellen und sich die Kosten teilen können, wie in den „goldenen“ Friedens- und Kriegsjahren, meint, daß das wieder ein Fall sei, „wo die Vernunft der Dinge sich nicht durchsetzt“, er ist aber so gnädig, „doch einen kleinen Anlauf dazu“ festzustellen.

Wir fragen: Wie hätte erst dieselbe deutschnationale Presse gehandelt, wenn die Entente auf die Vorstellungen der deutschen Regierung nicht eingegangen wäre! Und man muß geradezu zu der Schlussfolgerung kommen, daß es den Herren auf der Rechten viel lieber ist, wenn die Entente Deutschland Schwierigkeiten macht, als wenn sie ihm entgegenkommt: denn das parteipolitische Geschäft, die nationalistic-reaktionäre Agitation, läßt sich viel leichter treiben, wenn das Vaterland in Not ist, als wenn es Veranlassung hat, etwas aufzuatmen. Deshalb die Hehe um jeden Preis, deshalb dieses deutsche Bestreben, die uns verhältnismäßig wohlgeleiteten Kreise der Entente durch Beschimpfungen und Verdächtigungen vor den Kopf zu stoßen und von weiteren Zugeständnissen abzuhalten.

## Kreuzzeitungs-Schwindel.

Aus Lichtenberg berichtet die „Kreuzzeitung“ eine Schandgeschichte. Man habe dort ein Regimentsblatt gründen wollen, aber diesem sei kein Papier bewilligt worden. „Wie man erzählt, hatten die Hintermänner des „Vorwärts“ auf die Papierstelle eingewirkt; denn das Regimentsblatt würde sonst seine Lichtenberger Abonnenten, einige tausend, verlieren.“

Diese Behauptung ist glatter Schwindel. Eine derartige Einwirkung auf die Papierstelle seitens des „Vorwärts“ hat niemals stattgefunden, ganz abgesehen davon, daß die Papierstelle auf ein solches Ansuchen wohl kaum reagiert haben würde. Es ist charakteristisch, daß die „Kreuzzeitung“ derartige Gerüchte, daß sie selbst als solches kennzeichnet, ohne jeden Vorbehalt und ohne sich über seine Richtigkeit zu vergewissern, wiedergibt. Bei der bekannten Manier des Blattes erwarten wir auch nicht, daß es den Schwindel richtigstellen wird.

## Hoffnung auf Kohle!

Den Reichsministern ist es durch ihren unmittelbaren Einfluß gelungen, die bergbaulichen Interessenten und die Vertreter der großen Bergarbeiterverbände zu dem einmütigen Beschluß zu bringen, in Anbetracht der Not des Vaterlandes und der schweren Wirtschaftslage infolge des Kohlenmangels die Arbeitszeit im Kohlenbergbau durch Leistung von Überstunden auf  $\frac{3}{4}$  Stunden zu verlängern.

Zwar ist dieser Beschluß zunächst nur von den Führern gefaßt worden. Es steht jedoch zu erwarten, daß sich die Bergarbeiter diesen Beschluß voll zu eigen machen. Sie würden sich ein Verdienst von unergänglicher Größe erwerben, wenn sie nunmehr ihrerseits erklären: ja, wohl, wir wollen mit allen unseren Kräften helfen, das deutsche Volk wieder aufzurichten! Es ist ein Opfer, das die Vergleiche dem Volke bringen. Sie geben damit bis auf weiteres den Siebenstundentag preis. Aber es ist ein Opfer, das ihnen Ehre und den Dank der Millionen Arbeiter einbringt, denen dadurch bessere Existenzbedingungen geschaffen werden.

## Ein mißglückter Vergleich.

Die „Freiheit“ vergleicht in ihrer Morgenausgabe vom 19. d. M. den Ausgang des Streits der Wiener Ankerbrotfabrik mit den „Methoden der deutschen Regierung“ in einem solchen Falle. In diesem Streit waren 1900 Angehörige in den Ausstand getreten, um die Entfernung eines einzelnen zu erzwingen, der sich ihrer Organisation nicht anschließen wollte, obwohl durch diesen Ausstand mehr als 40 Proz. der Bevölkerung Wiens ohne das tägliche Brot bleiben mußte. Schließlich mißglückte die Regierung in dem folgenschweren Streit, indem sie auf Grund eines früheren kaiserlichen Befehls. Damit war wohl nach zwei Tagen der Ausstand beendet, aber nicht dessen katastrophale Folgen für die Allgemeinheit vermieden worden: Hunderttausende von Menschen blieben durch das Vorgehen der Angestellten zwei Tage ohne ihr tägliches Brot, 40 000 Kilogramm Mehl, die bereits angekauft waren, gingen zugrunde!

Und nun verherrlicht die „Freiheit“ diese Lösung und meint, daß in Deutschland ein solcher Ausgang nicht möglich gewesen sei, da in diesem Falle die „Technische Nothilfe“ von der Regierung eingesetzt worden wäre. Weist denn die „Freiheit“ nicht, wie sehr sie ihrer selbst damit spottet. Denn den einzigen und folgenschweren Nachteil des ganzen Streits, die Schädigung der All-

gemeinheit und Gesamtwirtschaft am stärksten, den die österreichische Regierung nicht hat vermeiden können, hätte die deutsche Regierung durch den Einfluß ihrer Technischen Nothilfe sofort ausgeschaltet, wie es die „Freiheit“ durch Anführung „dieser Methode“ ja selbst zugibt. Dann hätte ohne Schädigung des Gemeinwohls, für das in erster Linie zu sorgen Pflicht jeder Regierung ist, durch Verhandlungen der Streitgrund aus der Welt geschafft werden können. Die „Freiheit“ hätte also besser getan, von diesem Vergleiche zu Schweigen oder steht ihr das agitatorische Interesse etwa höher als hunderttausende Menschenmagen und die Vernichtung von 40 000 Kilo Mehl?

## Beschlagnahme von Silber im Saargebiet.

Nach einer Meldung der „Volkstimme“ in Saarbrücken werden in Saarbrücken und Umgebung in letzter Zeit große Mengen Silbergeld beschlagnahmt. In dem von Mainz kommenden Schnellzug wurden in der Nacht zum Sonntag auf dem Bahnhof in Neunkirchen nicht weniger als zwei Zentner deutsches Silbergeld, bestehend aus den verschiedensten Stücken, vorgefunden. In der Nacht zum Montag konnten auf dem hiesigen Bahnhof etwas über 8000 M. Silbergeld beschlagnahmt werden. Das Geld ist in beiden Fällen dem Sondergericht zugeführt worden, wohin auch die Besitzer desselben gebracht wurden.

## Das Betriebsrätegesetz im linksrheinischen Gebiet genehmigt.

Das „Bismarcker Tageblatt“ bringt die Nachricht, daß die französische Militärbehörde ihm mitgeteilt habe, daß das Betriebsrätegesetz für das linksrheinische Gebiet bereits genehmigt sei. Wenn diese Nachricht auf Wahrheit beruht, wäre damit ein seit langem bestehendes Streitobjekt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des besetzten Gebietes und ein Agitationsmittel der Franzosen selbst aus der Welt geschaffen.

## Ausschuß für landwirtschaftliches Genossenschaftswesen

Beim Landwirtschaftsministerium soll ein Ausschuß für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen verfassungsmäßig errichtet werden. Dieser Ausschuß soll aus einem Vorsitzenden, den beteiligten Referenten des Ministeriums und fünf Sachverständigen des Genossenschaftswesens bestehen und die Aufgabe haben, den Minister in allen das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Preußen berührenden allgemeinen Fragen zu beraten, auch Anregungen zur Förderung des preussischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu geben.

## Das bayerische Lehrgesetz.

München, 19. Februar. (M.Z.) Der Ausschuß des bayerischen Landtages zur Beratung des Lehrgesetzes hat mit 15 gegen 11 Stimmen die Abänderungsvorlage der Regierung abgelehnt, nach welcher den Lehrern in der Grund des Artikels 128 Abs. 2 der Reichsverfassung das Recht auf Verheiratung zuzusprechen soll.

## Eine erfundene Note.

Der Saager „Nieuwe Courant“ veröffentlicht eine spaltlange Note der deutschen Regierung an die Alliierten, die klar und unverkennbar den deutschen Staatsbankrott erklärt und darum sehr interessant wäre — hätte sie sich nicht ein Spahdogel oder ein Geschäftsmann von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gezogen. Die deutsche Regierung weiß nichts davon.

Holländisch Newsbureau meldet: Nach Rücksprache mit dem Chef der Nachrichtenabteilung des holländischen Amtes, der zu dieser Auskunftsbereitstellung vom Minister des Auswärtigen ermächtigt worden ist, kann das holländische Newsbureau mitteilen, daß eine solche Note von der deutschen Regierung nicht abgefaßt worden ist, daß es sich vielmehr um eine freie Erfindung handelt. Auch Ergberger bezeichnet die Meldung als Unsinn.

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie hat den von ihr für den 21. Februar geplanten zweiten deutschen Sozialistenkongress auf den 7. und 8. März verschoben. Diese Tagung soll sich auch mit der Gründung der neuen Partei, die von süddeutschen Sozialisten propagiert worden ist, befassen. Die Parteivorstände sämtlicher sozialistischer Parteien sollen erachtet werden, sich auf der Tagung vertreten zu lassen, um zu der „Einigungspartei“ Stellung zu nehmen.

Zur Regelung der Einfuhr. Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung die vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung bereits gebilligte Verordnung an, die die Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. April 1917 abändert. Der Reichswirtschaftsminister kann danach u. a. Diszpens vom Einfuhrverbot erteilen, wenn es sich um Waren handelt, die bereits im Ausland angeliefert sind. Der Reichsrat empfahl dem Wirtschaftsminister, in dieser Beziehung recht streng vorzugehen. — Angenommen wurde die Verordnung über Auhertsetzung der Silbermünzen.

Sozialdemokratische Wohlfahrtspflege. Zu dem Artikel „Sozialdemokratische Wohlfahrtspflege“ in Nr. 81 des „Vorwärts“ titelt Genossin Adele Schreiber uns um folgende Mitteilung: „Die von mir dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt angeforderte Summe von 100 000 M. habe ich diesem nicht persönlich, sondern als Vertreterin der Vereinigung für Kinderhilfe, Deutsche Zentrale der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe“ zur Förderung der Kindernot im Erzgebirge zur Verfügung gestellt. Die Vereinigung für Kinderhilfe hofft, auch noch weiterhin dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt und seine Ziele durch ihre Tätigkeit Mittel zuführen zu können.“

Der Steuerausschuß der Nationalversammlung setzte die Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes fort. Zur Frage der Höhe des steuerfreien Existenzminimums (§ 19) sowie des § 16, wonach dem Einkommen des Haushaltungsoberhauptes das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderfähigen Kinder hinzugerechnet wird, einem Interzessfuß zu überweisen. Ein Antrag Alund (Dem.) wurde angenommen, dem § 27 einen neuen Absatz hinzuzufügen, so daß der Paragraph damit folgenden Wortlaut hat: „Die Steuerpflichtigen, welche im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren Aufenthalt haben, bleibt der Anteil des Landes und der Gemeinde (Gemeindeverband) an der geschätzten Einkommensteuer unerböhen, soweit diese nicht aus Einkommen aus inländischem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb anfällt. Dies gilt nicht für Deutsche, soweit diese nicht für noch dem Gesetze gegen die Steuerpflicht vom 26. Juni 1915 der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf die Veranlagung des Reichs und der Länder unterworfen bleiben.“

Reverend, der in Genu gefangen sein sollte, befindet sich laut „Daily Herald“ in England.

## Wirtschaft.

### Wer bezahlt die Kosten?

Zwischen dem Wirtschaftsministerium und den Bergherren, den Hohenbergern bzw. ihren gut bezahlten leitenden Angestellten werden die Klagen gekreuzt. Man kämpft um den Preis, der für die mit besonderen Aufwendungen geförderte Kohle von den Verbrauchern gezahlt werden soll. Die Betriebsanstalten, die stark reparatur- und ergänzungsbedürftig sein sollen, müssen unter Aufwendung erheblicher Kosten instandgesetzt werden, wenn die Zeichen zu den allerhöchsten Förderleistungen gebracht werden sollen. Nun besteht Streit darüber, ob diese Aufwendungen, die hohe Summen zweifellos ausmachen werden, als Unterhaltungskosten, d. h. Betriebsausgaben oder als Ersatz- bzw. Erneuerungsbauten betrachtet werden sollen. Im ersteren Fall wären sie aus den laufenden Betriebseinnahmen, im letzteren Fall wären die Kosten aus Kapitaleinlagen zu decken, die mit einem bestimmten Prozentsatz, etwa 10–15 Proz., durch Abschreibung zu tilgen wären.

Die Kapitalisten wollen kein neues Geld hergeben, verlangen vielmehr, daß die Kohlenpreise so hoch gestellt werden, daß sie aus ihnen im laufenden Jahre auch alle Aufwendungen für die Wiederinstandsetzung heranzuschaffen können.

Sehen wir uns die Steigerung der Kohlenpreise an: Fettsäurekohle aus dem Ruhrrevier kostete je Tonne:

	M.		M.
1914 . . . .	18,50	1. 6. 19 . . . .	70,00
1918 . . . .	29,55	1. 10. 19 . . . .	80,00
1. 1. 19 . . . .	44,00	1. 12. 19 . . . .	89,00
1. 5. 19 . . . .	64,00	1. 1. 20 . . . .	110,00

Außerdem werden weiter bewilligt für Bau von Wohnungen 6 M. und für Ernährungszuschüsse an die Bergarbeiter 2 M. je Tonne. Das Reich hat aus eigenen Mitteln durch Beschaffung von Wohnbaracken kräftig geholfen.

Die Sachlage ist nun so, daß die Bergherren, die sich vollends wie alle Produzenten als Monopolisten fühlen, fordern, daß ihnen die Verbraucher alles sofort bezahlen, was in die Betriebe zur Erhöhung der Leistung hineingesteckt werden muß, daß die Allgemeinheit in Form einer Kohlensteuer den Bergherren das Kapital zur Verfügung stellt, das in einer freien kapitalistischen Wirtschaft bislang von den Kapitalisten selbst aufgebracht wurde.

Erfreulicherweise hat nun das Wirtschaftsministerium gegen diese Forderung energig Front gemacht. Unterstaatssekretär Dirsch, der ja bekanntlich Spezialist auf dem Gebiet der Preisbildung und Preisfestsetzung ist, hat folgenden Standpunkt eingenommen, der gewiß von allen Verbrauchern und allen Arbeitern gebilligt wird. Er sagt: Wenn die Kohlenproduktion auf höchste gesteigert werden soll, müssen große Aufwendungen gemacht werden. Wenn die Kapitalisten sich außerhande erklären, diese Kapitalien herzugeben, dann muß die Allgemeinheit sie beschaffen, d. h. der Preis für die Kohle sie liefern. Aber, diese Aufwendungen der Allgemeinheit für die Bergwerke müssen ihr auch ein Teilhaberrecht an diesen Betrieben sichern!

Nun ist das Geschrei groß, denn die Herren sehen in der Erwerbung des Anteilgenussrechtes des Reiches an den Bergwerken die so gewaltig gesüchtete „Sozialisierung“.

Der Weg, den Dirsch hier gewiesen hat, ist neu, er ist gangbar und einfach, er macht auf dem Weg der organischen Entwicklung die Produktion zu einer öffentlichen Angelegenheit, er legt die Entscheidung in die Hände sachverständiger, gemeinwirtschaftlich aufgebauter Körperschaften, er macht der Geheimwirtschaft des Privatmonopols „Kohlen-syndikat“ endlich ein Ende. Jetzt wird es sich ja zeigen müssen, ob in der deutschen Republik das „Volk“ seine Wirtschaft leitet, oder ob es sich dem Willen kleiner Kapitalistengruppen zu fügen hat.

### Zur Verteuerung des Leders.

Aus den Kreisen der Häutehändler geht uns folgende Einwendung zu:

Zur Lederherstellung müßte jetzt genügend Rohmaterial vorhanden sein, nachdem nach übereinstimmenden Mitteilungen ziemlich große Mengen Rohhäute und Felle eingeführt werden, auch das inländische Gefälle fast ausnahmslos zur Verfügung steht und der enorme Militärbedarf aufgehört hat. Jetzt ist nur das Reichswirtschaftsministerium dabei, eine zentrale Regelung der Häute- und Lederverwirtschaftung herbeizuführen und gegen den Willen des Ministers Stambel gehen trotzdem sehr viele Kreise und Kommunen dazu über, die bei ihnen anfallenden Häute und Felle selbst gerben und zu Leder und Schuhwerk für ihre Einzelheiten vorzubereiten zu lassen. Einzelne Landräte sind sogar zur lokalen Beschlagnahme geschritten.

Eine Fachzeitung berichtet, daß allein in Altona seit Oktober 1918 von dem Schleswig-Holsteinischen Viehhändlerverband und der Gemeinde Altona circa 5100 Stück Großviehhäute über 30 Pfund Gewicht zur Aufbewahrung genommen worden und zum Teil jetzt noch — also seit circa 4 Monaten — eingelagert sind.

Da braucht man sich allerdings nicht über die Leder-verteuerung zu wundern, die noch von den einzelnen Kreisen und Kommunen her mehr wird. Es ist wirklich hohe Zeit, daß da einmal mit starkem Arm eingegriffen wird und die Sonderbestrebungen der nachgeordneten Stellen verboten werden.

Daß die Kommunen infolge der ungeheuren Spekulationen mit Häuten, die die Freigabe gestattet hat, zur Selbsthilfe greifen, ist verständlich. Dennoch ist dieser Weg falsch. Nur eine zentrale Bewirtschaftung kann eine gleichmäßige Verteilung des Materials sichern, sonst kauft die eine Stadt der anderen die Häute weg. Das bedeutet aber keine Verteuerung, sondern im Gegenteil eine Verteuerung. An die Stelle der Händler tritt die Konkurrenz der Kommunen.

### Ruhrkohlen-Förderung.

Die monatliche Kohlenförderung beträgt gegenwärtig etwa 6,5 Millionen Tonnen gegen 8,5 Millionen Tonnen in der Vorkriegszeit. Nach Abzug der monatlich an die Entente zu liefernden Kohlenmengen verbleiben für den heimischen Bedarf keine 5 Millionen Tonnen monatlich. Der fehlende Betrag an Kohlen ist also so außerordentlich groß — zumal wenn man berücksichtigt, daß jetzt auch Süddeutschland, soweit es früher Baggkohlen bezog und die Kohlanstädte an Stelle der englischen Bunkerkohle, ganz auf die Ruhrkohle angewiesen sind —, daß er durch die Wiedererrichtung der Friedensförderung nicht einmal ausgeglichen werden kann.

Deutsche Dunlop Gummi Company L. G. in Hanau a. M., die als englisches Unternehmen lange Zeit unter Zwangsverwaltung stand, die erst 1917 nach Erwerb der Aktien durch die Adlerwerke vorm. Altmann u. Co. und die Autowerke Adam Opel aufgehoben wurde, schließt 1918/19 mit 236 206 Pfl. Verlust ab.

# Verbandstag der Landarbeiter.

Am Donnerstagnachmittag trat der Verbandstag in die Statutenberatung ein. Diller, Berichterstatter der Statutenberatungskommission, empfahl die Einführung einer vierten Beitragsklasse und Beiträge von 10 Pf. in der ersten, 60 Pf. in der zweiten, 80 Pf. in der dritten, 1 M. in der vierten Klasse, dazu örtliche Zuschläge von 10-25 Pf. Dementprechend sollen auch die Unterstützungssätze nach vier Klassen abgestuft werden. — Die Leitungen der Ortsgruppen sollen nicht mehr vom Verbandsvorstand ernannt, sondern von den Mitgliedern gewählt werden, aber der Bestätigung durch den Verbandsvorstand bedürfen. Die Kommission beantragt die Einlegung eines Verbandsbeitrags, bestehend aus neun im Verlaufe tätigen Mitgliedern, der mitbestimmen hat bei der Vorbereitung besonderer organisatorischer Maßnahmen, bei der Festlegung von Extrabeiträgen, bei Anträgen des Vorstandes auf Statutenänderung, bei normenmäßig werdenden Ergänzungen des Vorstandes bis zum nächsten Verbandstage, bei Streitverträgen mit anderen Verbänden und in Streitfragen zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern.

Dem Bericht folgte eine lange Diskussion. Vor Schluß der Sitzung hielt Kiese vom Vorstand des Verbandes land- und forstwirtschaftlicher Angestellten eine Ansprache, in der er unter anderem sagte, das Verhältnis zwischen den Gutsherrn und den Arbeitern sei noch nicht überall so, wie es sein sollte, aber gegen früher sei doch schon eine Besserung eingetreten. Die Gutsherrn könnten nicht organisiert werden ohne die Unterstützung der organisierten Landarbeiter. Er bitte deshalb, seinen Verband, der die gleichen Ziele erstrebe wie der Landarbeiterverband, zu unterstützen. Er wünsche volle Solidarität zwischen den beiden Verbänden.

Georg Schmidt versicherte, daß die Mitglieder des Landarbeiterverbandes in diesem Sinne handeln werden.

Die Verhandlungen des Verbandstages werden heute, Freitag, fortgesetzt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Betriebsratswahlen und die Angestellten.

Vom Distriktariat der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände geht um folgende Notiz zu:

Bei den Betriebsratswahlen darf sich kein Mitglied der Afa-Verbände auf politischen Listen aufstellen lassen, noch sich an deren Vorbereitung direkt oder indirekt beteiligen.

Die Afa-Mitglieder dürfen nur freigewerkschaftliche Listen aufstellen und sich nur an solchen beteiligen!

Die Afa-Front ist in diesem Wahlkampf gerichtet:

- Gegen die Unternehmer!
- Gegen die Gewerkschaftsdrabzieher!
- Gegen alle politischen Drabzieher!

Alle Funktionäre und Ausschussmitglieder (Mitgliedsbuch und Funktionärsausweis vorzeigen) versammeln sich am Mittwoch, den 25. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 106.

Zur Eure Pflicht, wahr! gewerkschaftliche Disziplin!

### Achtung, Töpfer!

Aus der Wahl des Vorstandes und der Lohnkommission usw. sind folgende Kollegen als gewählt hervorgegangen: I. Vorsitzender: Max Kemnig, I. Kassierer: Karl Brückmann, II. Vorsitzender zugleich II. Kassierer: Karl Reuws, I. Schriftführer: Otto Hehn, II. Schriftführer: Ernst Müller, Beisitzer: Richard Hagen, Willi Donner, Adolf Kaiser, Gustav Höfeler, Revisor: Franz Segawa. Lohnkommission: Max Kemnig, Karl Reuws, Otto Kronfeld, Richard Hagen, Otto Hehn, Karl Froberg, Paul Vennhöfer, Ernst Grunzke, Karl Ziepe. Arbeitsnachweisbureau: Ordentliche Mitglieder: Karl Brückmann, Otto Kronfeld, Otto Hehn, Franz Segawa, Stellvertreter: Karl Ziepe, August Ding, Fritz Werten, Ernst Müller.

### Die Eisenbahnfahrbeamteten und die Besoldungsreform.

Die Arbeitsgemeinschaft der Fahrbeamtetenverbände hatte zum gestrigen Donnerstagabend nach den Musterfällen eine Versammlung des Jugendleitersonnens einderufen, welche die Wünsche der Eisenbahnfahrbeamteten zur geplanten Beamtenbesoldungsordnung zum Ausdruck bringen sollte.

Der erste Referent Fäber schilderte die wirtschaftliche Lage der Hilfskassierer, die unheilbar ist. Die Hilfskassierer wünschen Anstellung nach fünfjähriger Dienstzeit, zum mindesten Anrechnung der Zeit, in der sie Beamtendienst getan haben, auf das Besoldungsdienstalter. Ueber die ebenso traurige wirtschaftliche Lage und die schwere, verantwortungsvolle und gefährliche Diensttätigkeit des Jugendleitersonnens sprach der zweite Referent Reu-

mann. Einflüssig wurde dann eine Entschliessung angenommen, in der die Versammlung erklärt, daß sie sowohl der Regelung der Anwärterfrage als auch der Einreichung der Schaffner- und Revisorführer in die Besoldungsgruppen nach dem Vorschlag der vier Großorganisationen zustimmt. Sie stimmt unter keinen Umständen einer Trennung der Jugendführer von den Lokomotivführern in der Besoldungsordnung zu und fordert die Gleichstellung der Jugendführer mit den ihnen bis 1888 im Einkommen gleichstehenden Beamten. — Die Abgg. König (Dem.) und Krüger (Soz.) gaben noch die Erklärung ab, daß sie für die Wünsche der Eisenbahner eintreten würden.

Schwarze Listen gibt es noch den tausendfachen Verteuerungen der Arbeitgeber nicht mehr. Besonders tat sich hierin der Verband Berliner Metallindustrieller hervor. Der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ist durch den bekannten günstigen Wind die Abschrift einer Auskunft über einen Angestellten auf den Tisch geweht worden. Die Auskunft ist von einer Mitgliedsfirma des S. B. M. J. über einen Angestellten an eine Firma in der Provinz erteilt. Befolgt der folgende Satz auf:

„In der Zeit seiner Beschäftigung bei uns war allerdings die vielfache Ablehnung der Beamten durch Versammlungen und wirtschaftliche und politische Diskussionen den guten Eigenschaften des Angestellten ohne dessen Verhältnisse abträglich.“

Nun sage noch ein Mensch, daß die Herren Arbeitgeber mit schwarzen Listen arbeiten.

In den „Massenentlassungen“ der Hilfskräfte beim Berliner Magistrat will das Nachrichtenamt des Magistrats mit:

Werden Hilfskräfte infolge der Geldnotlage einer Verwaltung entbehrlich, so werden sie einer Zentralnotierungsstelle im Generalbureau des Magistrats gemeldet, welche sie denjenigen Verwaltungsstellen, in denen ein Bedarf besteht, überweist. Werden infolge rückläufiger Geschäftsbewegung einer Verwaltungsstelle Hilfskräfte in einem solchen Umfange entbehrlich, daß mit ihrer Aufnahme durch andere Verwaltungsstellen nicht gerechnet werden kann, so erwirbt sich ein Abban erforderlich auf dem Voden der hierfür vom Reichsarbeitsminister besonders erlassenen Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung. Das durch diese Verordnung geregelte Verfahren sieht in erster Linie Weiterbeschäftigung der entbehrlichen Hilfskräfte unter Streckung der Arbeitszeit vor. Ueber die Reihenfolge der Entlassungen bestehen in einer Verordnung besondere Vorschriften. Selbstverständlich verfährt auch der Magistrat im Rahmen dieser Verordnung. Das Verfahren ist mit Rechtsgarantien für die Arbeitnehmer ausgestattet. Einen Beschluß, daß höchstens 20 Proz. aller Hilfskräfte der städtischen Verwaltung zu entlassen seien, hat der Magistrat niemals gefaßt. Er wäre auch völlig sinnlos, denn er würde nicht von den konkreten Verhältnissen, dem Bedarf der einzelnen Verwaltungsstellen ausgehen. Und das muß lediglich entscheidend sein. Dies alles ist auch dem Zentralamt für die Statistik im Amt der Stadt Berlin mitgeteilt, daß die Affordarbeit im statistischen Amt noch nicht eingeführt sei, sie sei zwar noch im Angestelltenausweis zugelassen worden, unterliege aber noch der Beschlußfassung des Magistrats. Demnach könne auch niemand wegen Verweigerung von Affordarbeit entlassen worden sein.

Vom Statistischen Amt der Stadt Berlin wird uns mitgeteilt, daß die Affordarbeit im statistischen Amt noch nicht eingeführt sei, sie sei zwar noch im Angestelltenausweis zugelassen worden, unterliege aber noch der Beschlußfassung des Magistrats. Demnach könne auch niemand wegen Verweigerung von Affordarbeit entlassen worden sein.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Möglichkeit im Deutschen Transportarbeiter-Verband). Borkhagen, Borkhagenmeister, jugendl. Telegrammbedienter, Kohlenarbeiter, Kohlenarbeiter, ein Komitee, das am 22. Februar, nachmittags 1 Uhr, in der „Neuen Welt“, Engelwälder 15 (großer Saal): Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht, 2. Entschliessung über den Abschluß eines Reichstags mit dem Reichspostministerium, 3. Diskussion und Beschlußfassung, 4. Verschiedenes. — Mitgliederliste oder auch die zur Kontrolle bestimmt mitzubringen. Sorgfältig für einen gewissen Erfolg. Bringt die Inorganischen zu der Versammlung mit.

Deutscher Eisenbahnerverband. Sonntag, den 23. d. M., vormittags 9 Uhr, in der „Neuen Welt“, Palaststraße: Ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Wroclaw-Berlin.

Achtung! Buchbinder! Montag, den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Schultheiß-Ausgang, Neue Jakobstr. 24/25: Versammlung sämtlicher Betriebsbuchbinder und Delegierter (S. B. D.). Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Ohne S. B. D.-Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Trägerlagergemeinschaft. Alle auf Montage beschäftigten Monteur und Helfer: Sonntag, den 22. Februar, vorm. 7 1/2 Uhr, im Lokal von Winkel, Tempelhofer, Goltzsch-Dankstr. 60: Versammlung.

## Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Parteiorganisation in Hamburg zählte am 31. Dezember 1919 57 285 männliche und 17 029 weibliche Mitglieder, gegen das Vorquartal ein Mehr von 2165 Mitgliedern, ein Beweis, daß unsere Partei nicht nur fest und unerschütterlich dasteht, sondern sich in erfreulicher Weise vorwärts entwickelt. Ein gleich günstiges Bild zeigt die Finanzverwaltung. Unser Gesamtergebnis von 254 186 M. steht eine Gesamtausgabe von 141 231 M. gegenüber. Der Kassendbestand beträgt 112 954 M. Angefaßt der in Aussicht stehenden Beitritten ist dieser Betrag nicht anzureichend, weshalb die am 15. Februar abgehaltene Landeskonferenz beschloß, bis

Ende Mai von den männlichen Mitgliedern 3 M., von den weiblichen Mitgliedern 2 M. Extrabeitrag zu erheben. Die gesamten Einnahmen fließen ungekürzt dem Kassendbestand zu.

Eine Vorhändlung des Bezirks Nordwest beschloß, für die Monate März, April und Mai einen Extrabeitrag von insgesamt 3 M. für männliche und 2 M. für ledige weibliche Mitglieder zu erheben. Beschwerden über das jäggelose Treiben der Baltikumtruppen im Kreise Rostenburg führten zur einstimmigen Annahme einer Resolution, in der die Unterbringung der Baltikumtruppen in einem Konzentrationslager gefordert wird, um so der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten im Kreise Rostenburg zu steuern.

Vom 15. Februar d. J. ab erscheint in Eisenach ein neuer Mitkämpfer, die „Eisenacher Freie Presse“.

In dem auf Grund des Berliner Friedensvertrages von Deutschland abgetretenen Nemelgebiet hat sich eine selbstständige sozialdemokratische Parteiorganisation gebildet, die auf dem Voden der S. B. D. steht. Das Organisationsstatut ist gemäß den Sonderverhältnissen dem in Weimar 1919 geschaffenen Organisationsstatut der Gesamtpartei angepaßt.

Am 15. Februar verstarb in Orlitz der 63jährige Genosse Heinrich Sacher, seit Oktober 1909 Geschäftsführer der Göttinger Arbeiterdruckerei und seit 1912 Stadtverordneter.

Ein neues Parteiblatt wird im besetzten Gebiet des früheren Reichswehrkreises Höchst, Homburg, Wittingen gegründet werden, das den Titel „Freie Presse“ führen wird und vom 1. März ab täglich sechsseitig erscheinen soll. Wiederholt wurde der Versuch gemacht, die „Frankfurter Volkstimme“ wieder einzuführen, die mit der Arbeiterbewegung dieses Kreises in enger Fühlung steht. Aber nach den mehrfachen Verböten dieses Blattes durch die Franzosen schien es gewagt, sich auf die „Volkstimme“ festzulegen, die immer größeren Schwierigkeiten ausgesetzt sein wird, weil sie im unbesetzten Gebiet erscheint. Aus diesem Grunde wurde zur Neugründung der „Freien Presse“ geschritten.

## Soziales.

Der hessische Städtetag, der dieser Tage in Ansbach zusammentrat, nahm u. a. auch zur Veränderung der Städteordnung Stellung. Der Referent Herzog, Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer-Königsberg, führte keine Ausführungen in folgende Richtung zusammen: 1. Die Magistratsverfassung der städtischen Städteordnung mit ihrer Teilung der Verantwortung unter zwei gleichberechtigten Organen der städtischen Verwaltung hat sich bis zur Umwälzung im politischen Leben gut bewährt. 2. Die parteipolitische Gestaltung der Städteverordnetenversammlung führt zur gleichen Zusammenfassung des Magistrats, der letzten Endes dadurch zu einem bloßen Ausschuss der Städteverordnetenversammlung wird. Damit entfallen die Vorzüge, welche aber bestrebt die Mängel des bisherigen Zweikammerwesens. 3. Der Dreikammerentwurf der neuen Städteordnung nimmt diese Entwicklung voraus durch die Umgestaltung des Magistrats zu einem „Vollzugsausschuss“ der Städteverordnetenversammlung und kommt praktisch zum Einkammerwesen. Das für den Magistrat vorgegebene Beamtungsrecht stellt sich als ein privilegium odiosum dar, das nur geeignet ist, das gute Verhältnis zwischen Magistrat und Städteverordnetenversammlung zu beeinträchtigen. Im übrigen würde der Magistrat zu einer der Städteverordnetenversammlung untergeordneten Verwaltungsstelle, deren kollegiale Zusammenfassung für die Erledigung der Geschäfte weder erforderlich noch förderlich ist. 4. Für das Einkammerwesen kann nur die Bürgermeisterverfassung der rheinischen Städteordnung in Frage kommen. Sie hat sich nicht nur bisher bewährt, sondern bietet auch unter den veränderten politischen Verhältnissen Gewähr für Selbstständigkeit und Einheit in der Verwaltung durch den Vorsitz des Bürgermeisters in der Städteverordnetenversammlung und allen Ausschüssen. 5. Den Städten die Wahl zwischen Magistrats- oder Bürgermeisterverfassung zu gewähren, ist geeignet, ständige Irrtüme in die Verwaltung der Städte hereinzutragen. Eine einheitliche Regelung im Gesetz verdient den Vorzug. 6. Die Selbstverwaltung ist von überflüssiger Bevormundung durch Einschränkung der Staatsaufsicht zu befreien, um der durch die Winderung der Finanzkraft der Städte obachtin stark beeinträchtigten Selbstverwaltung freieren Spielraum zu gewähren. Auch die kleineren Städte sind unmittelbar dem Regierungspräsidenten zu unterstellen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arb. Radfahrer-Bund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin, 11. Abteilungs. Sonntag 7 Uhr Gedenkstunde für unsere geliebten Sportgenossen (Hermann Kofal). Regg. Teilnahme erbeten. Sonntag 10 Uhr Vorkonferenz (Bardellmann). Start 1 Uhr Fontanepromenade 18. — Freier Wanderbund. Sonntag Stralberg, Raitberg, Ortner; Abfahrt 7.15 Uhr, Ziel Schilf, Bahndorf. — Charlottenburg. Die Leitungskunden des Gesamtvereins „Harmonie“ der S. B. D. haben jeden Freitag pünktlich 7 1/2 Uhr, bei Regen, Platzstr. 67, statt.

Berlin. Nr. der Redaktion. Zeit: Heinz Jäger, Charlottenburg für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorkonferenz-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3, Distanz 1. Auflage.



# Flur-Garderoben • Garderobenschränke

vollständige Büro-Einrichtungen

Grünwalds Büro-Ausstellung, Friedrichstr. 154, Berlin

## Glück und Glas

Zufriedenheit ist wahres Glück!

Wir garantieren Ihnen Zufriedenheit wenigstens mit den von uns gefaßten Brillen und Ansehnern. Ob Ihr Kind, ob Ihre Frau, ob Ihr Augenlas beim Spielen zerbrochen haben, oder ob es unter den Omnibus geraten ist, wir fragen Sie nicht danach, sondern reparieren es Ihnen kostenlos. Nur zerbrochene Gläser müssen Sie bezahlen, sowie Schildpatt, Horn und ähnliche Teile, sonst nichts. Die Garantie läuft bis zu drei Jahren, mindestens jedoch zwei Jahre für Fassungen von 8.50 M. an. Wir müssen

gebrochene Waren liefern, sonst können wir nicht lange unsere Garantie ohne eigenen Schaden halten. Die Augen-Untersuchung ist kostenlos. Für passende Gläser garantieren wir Ihnen besonders. Das bedeutet noch mehr. Selbst wenn Gläser so genau verpaßt sind, daß kein Fachmann etwas daran verbessern könnte, „Sie“ selber aber sind vielleicht nicht damit zufrieden, dann reden wir nicht lange, sondern wechseln Ihnen die Gläser so lange kostenlos um, bis Sie wirklich damit zufrieden sind.

## Optiker Rubnke

Alles Gold wird zum Tagespreis angekauft und in Zahlung genommen

Verlangen Sie noch unbekanntes, kostenloses optisches Instrument zum Schmelzen von Brillen, 400 M. Berlin-Grüne.

- |  |  |                                     |                                  |                               |                                  |  |   |                                    |                                  |   |                                       |  |   |                                     |  |  |
|--|--|-------------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|--|---|------------------------------------|----------------------------------|---|---------------------------------------|--|---|-------------------------------------|--|--|
| Schöneberg<br>Compt. 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100 | SO Odeon-Str. 44<br>mit dem Haupt- und<br>Ordnungsplan | S Kottbuser Damm 10<br>nahe Jandari | O Frankfurt-Meer 14<br>nahe Zieg | C Spittelmarkt<br>das Rathaus | Alexander-Platz<br>nahe Ullinger | SW Belle Alliance-Str. 4<br>nahe Jandari | W Friedrich-Str. 183a<br>das Leipziger Str. | Colpiger Str. 113<br>das Baum-Str. | Lin-Str. 1<br>das Potsdamer Str. | NW Friedrich-Str. 150<br>das Dorotheen-Str. | N Chaussee-Str. 72<br>nahe Müllerstr. | Schönhauzer Allee 51<br>an Wj. Rodding | AN Friedrich-Str. 106<br>das Siegelstr. | Jandari-Str. 164<br>das Brunnenstr. | Jandari-Str. 117<br>an Ostpreuss. Str. | Charlottenburg:<br>Landsberg-Str. 15<br>das Potsdamer Str.<br>Jandari-Str. 2<br>nahe Wj. Rodding<br>Wilmersdorf:<br>Berliner Str. 132-33<br>nahe Wilmersdorf |
|--|--|-------------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|--|---|------------------------------------|----------------------------------|---|---------------------------------------|--|---|-------------------------------------|--|--|

Dreufische Landesversammlung.

Wir berichteten bereits kurz im gestrigen Abendblatt über die erste Beratung des Beschlusses über die Erhöhung der Eisenbahntarife im Güter- und Tierverkehr bis zu 100 Proz. vom 1. März ab.

Abg. Neumann-Wagdeburg (Soz.): Die Schwierigkeit in der Kohlenbeschaffung und der Mangel an Lokomotiven lassen sich nicht bestreiten. Deshalb sind aber solche Maßnahmen geschlossen worden? Der Minister sollte nachprüfen, ob nicht viel mehr Arbeiter wieder eingestellt werden können.

Abg. Ehlers (Dem.) befürchtet, daß die hohen Tarife für Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft verhängnisvoll werden. Die dritte Klasse sollte nicht mehr geschlossen werden.

Abg. Paul Hoffmann (N. Soz.): Die Reichheitssozialisten im Verein mit den bürgerlichen Parteien wollen die Arbeiter wieder in die Hörigkeit herabdrücken.

Minister Defer: Die entlassenen Arbeiter sind langsam von der Privatindustrie aufgenommen worden.

Es folgt die Weiterberatung über die Wahlen zu den Kreisräten.

Ein Zentrumsabgeordneter erklärt die Erlasse für überflüssig. Ein Reichssozialist verlangt die schnelle Durchführung der Wahlen.

Ein Antrag Dr. Reinke (R.) auf Dinzugziehung von Vertretern der Privatwirtschaften zum Wiederaufbau für Nordfrankreich wird ebenfalls dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Den Antrag Dr. Friedberg (Dem.) auf Vorlegung eines Gesetzes über die Verkaufssteuer nimmt das Haus einstimmig an.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 15. November 1918 über die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Beibehaltung des Herrenhauses.

Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.): Im November 1918 waren die Wahlen durchaus nötig.

Ministerpräsident Dethlefs: Daß die Regierung nicht mehr hinter der Beratung stünde, glaubt der Abg. Dr. Rosenfeld ja selber nicht.

Die traurigen Ereignisse des 13. Januar, an denen Sie die Schuld tragen. Seit Monaten schon verhandelt der Minister des Innern mit den Reichsparteien über seinen Verfassungsentwurf.

Abg. Graf-Franfurt (Soz.): Ich warne den Abg. Dr. Rosenfeld, von Scheinsozialisten zu sprechen.

Abg. Graf-Franfurt (Soz.): Ich warne den Abg. Dr. Rosenfeld, von Scheinsozialisten zu sprechen. Wir können ihn und seine Freunde mit viel größerem Recht als Sozialisten nennen.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufzeichnungen von Hans Müller-Schlösser.

VII. Jan Krebsreuter wird fromm.

Er ging also zunächst zum Küster Kreifenbed von der Franziskaner Kirche und meldete sich bei dem als Messediener an.

Kreifenbed, der sehr kurzschichtig war, an welchem Uebel auch die große, schwarze Hornbrille nichts verbessern konnte, sahte Jan am linken Ohrläppchen und zog ihn an sich heran.

„Se, Junge,“ nieselte er, „wir wollen also Messediener werden, he? Wen haben wir denn da? Sind wir am Ende der Jan, der Sohn von dem Loten Grades, he?“

„Ja, Herr Kreifenbed, ich bin der Jan.“

sahte Jan am linken Ohrläppchen und zog ihn an sich heran, uns werden! Denn so nichtsbrauchig, wie wir sind, können wir nicht bei der heiligen Handlung ministrieren.

Kreifenbed nahm aus einem Wandbüchlein ein dünnes Heftchen und gab es Jan.

„Da, Junge, das sind die Messgebete. Die müssen wir auswendig lernen.“

Jan schlug das Heftchen auf und schaute hinein. „Das ist lateinisch, Junge! Können wir das auch lesen, he?“

Jan stotterte ein paar Worte aus den Beilen zurecht. „Richtig, Junge! Wir können es ja zu können. Also dann wollen wir es einmal versuchen.“

Jan wurde Messediener. Die Messgebete hatte er bald

System ohne Parlament weiter gewährt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.): Die Ausführungen des Redner haben auf einem viel tieferen Niveau, als daß seine Drohungen mich hindern könnten, die Wahrheit auszusprechen.

Die Verordnung wird hierauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen genehmigt. Das Haus erledigt noch einige Anträge und vertagt sich auf Freitag 12 Uhr.

Schluß 8 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

Lehrerzulagen. — Die Einheitlichkeit in der Schulverwaltung. — Die Stadtbibliothek im Marfalk. — Lehrergehälter und Schulgebäudeerhöhung.

Von allen Fraktionen — mit Ausnahme des Zentrums — wurde, wie schon mitgeteilt, ein Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Der Dringlichkeitsantrag wird nicht akzeptiert. Die Genehmigung der Heberhöhung der im Haushalt 1919 ausgeworfenen Budgeten wird ohne Erörterung erteilt.

Auf Grund der Beschlüsse der außerordentlichen Sitzung vom 31. Januar hat der Magistrat bezüglich der Bewilligung einer laufenden Feuerungszulage

an die städtischen Arbeiter, Hilfskräfte und Werkstätten sofort mit den Arbeitgebervereinen unter Zugleichung von drei Mitgliedern der Versammlung neue Verhandlungen gepflogen.

Das Ergebnis ist, daß eine monatliche Lohnbeihilfe von 75 M. für den Mann, von 60 M. für den Verheirateten und für jedes Kind 20 M. gewährt werden soll.

18 Jahre soll die Lohnbeihilfe monatlich 50 M. betragen. Die Stadtkasse würde damit mit 45 1/2 Millionen Mark (nach dem Schiedsspruch vom 22. Januar mit 50 1/2 Millionen Mark) jährlich belastet.

Die gewaltigen Stimmaufwände und während seines Vortrages fast andauernd von stürmischem Widerspruch und schallendem Gelächter unterbrochen, tritt Koch (So. Vpn.) für einen Antrag auf Vertagung bis zum Eingang der Budgetvorlage ein.

Der Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

Die Räumere Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik.

An der weiteren Erörterung nehmen noch Cassel (Dem.), Adolf Hoffmann (N. Soz.) sowie nochmals Koch und Koblenger teil.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. werden in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Einverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten.







# Weinbrand Cognac Marke

# Goldstück

Jacob Stück Nachfolger Hanau a/m  
Cognacbrennereien

General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a. Telephon: Kurfürst 743.

## Theater, Lichtspiele etc.

### Opernhaus.

VII. Sinfonie-Konzert.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

### Schauspielhaus.

Friedrich der Große.  
I. Teil: Der Kronprinz.  
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.  
Deutsches Theater.

11/2 U.: Die Sendung Semuels.  
Sonntag 7 1/2 U.: Ued Pippa tanzt.

### Kammerspiele.

1 Uhr: Der Unmensch  
10/2 U.: Die Büchse der Pandora

### Kar. Schauspielhaus

Karlstraße.  
1 Uhr: Hamlet (11. Abt., 2. A.)  
10/2 U.: Danton (aus. Ab.)

### Königgrätzer Straße

8 U.: Schloß Wetterstein  
10/2 U.: Stützen der Gesellschaft.  
1 Uhr: Erdgeist (M. Oriska)

### Komödienhaus

10/2 Uhr: „Sie“.

### Berliner Theater

1 Uhr: Der letzte  
Walzer.

Fritzl Masyer, Otto Storm,  
Hans Wassmann usw.

### Central-Theater

11/2 U.: Fräulein Puck.  
Deutsches Opernhaus

11/2 U.: Hoffmanns Erzählungen  
Die Tribüne

11/2 U.: Franziska.  
Eden-Theater

11/2 U.: Heilenens Ehemänner.  
Friedr.-Wilhelmst. Th.

11/2 U.: Die zürl. Verwandten  
Kleines Theater.

11/2 U.: Die Pfarrhauskomödie.  
Kl. Schauspielhaus.

11/2 U.: Die unberührte Frau  
Komische Oper

11/2 U.: Dichterliebe.  
120 U.: Schwarzwaldmädchen

120 U.: Lustspielhaus  
Arnold Rieck in:

120 U.: Der Großstadt-Kavaller  
Metropol-Theater.

7 Uhr: Sybill  
Sonnt. 3 Uhr: Charleys Tante

mit Thielscher  
Neues Operettenhaus

Mia Werber als Gast in:

11/2 U.: Die kleine Robe.  
11/2 U.: Die Dame v. Zirku.

Schiller-Theat. Charl.  
11/2 U.: Die Tür ins Freie.  
Thalia-Theater

11/2 U.: Die närrische Liebe  
Th. am Nollendorfplatz

7 1/2 Uhr:  
Der Pfet gestelle

Theater des Westens

11/2 U.: Die Frau im Hermelin  
Sonntag 4 Uhr: Max und Moritz.

11/2 U.: Die lustige Witwe  
Wallner-Theater

11/2 U.: Eine Ballnacht.  
11/2 U.: Gelaba m. Mia Werber

Walhalla-Theater.  
11/2 U.: Csárdásfürstin.

Residenz-Theater.  
Stadtbahn Jannowitzbrücke.

Täglich 11/2 Uhr:  
Evchen Humbrecht.

Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
Max und Moritz.  
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.  
Bahnhof Friedrichstraße.

Täglich 11/2 Uhr:  
Femina.

Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
Hänsel und Gretel.  
Sonntag 4 U.: Johannistauer.

### Volksbühne

Theater am Bülowplatz.  
7 1/2 U.: Gyges und sein Ring.

### Lessing-Theater.

Direktion: Victor Barnowsky.  
7 Uhr: Peer Gynt.

Sonntag 7 1/2 U.: Pygmalion.  
Sonntag 7 1/2 U.: Pygmalion.

### Deutsches Künstler-Theater

Abendlich 7 1/2 U.:  
Die Marquise von Arcis.

(Konstantin, Servas, Straß-  
mann-Witt, Veidt).

### Rose-Theater.

7 1/2 Uhr:  
Die im Schatten leben.

### APOLLO

Theater  
Friedrichstraße 718.  
Dir.: James Klein

7 1/2 U.: Februar 7 1/2 U.:  
Die weitberühmte

### Fregolia

In ihren 100 Verwand-  
lungen u. Illusionen,  
Gertrude Barrison

aus London zurück  
6 Grunfos

Salonskribalen  
Geschw. Blumenfeld

Lustspiel  
6 Chung Hang

Chinesische Gaukler  
Elvira, Drahtseil

Simon u. Arfad  
Pierrots am Reck.

Stg. 3 1/2 Uhr jed. Er-  
wachsener 1 Kind frei

### Casino-Theater

Lothringenstr. 37. Tägl. 11/2 U.:  
Letzter Monat

Seit November aufgeführt:  
Schmiepels Lene

Der Schläger aller Posen  
Neue Februar - Spezialitäten.

Sonntag 3 1/2 U.: Die Wunderkur

### Folies Caprice

Eck Friedrich- u. Liniestraße  
Täglich 7 1/2 U.:

Oh dieser Nowack!  
Zwangsquartierung.

Die abgetrennte Frau  
mit Ferdinand Gräneckner

in den Hauptrollen.

### Winter-Garten

Täglich 7 30 Uhr:  
Varieté-Spielplan

Rauchen gestattet!

### Passage-Theater

Unter d. Linden 22/23  
Dir. M. Soliman

2 Uraufführungen 2

### Der Vampyr

von St. Louis

\* I. Teil in 3 Akten.  
Ein Erlebnis aus dem

Tagebuch des berühmten  
Detektiv Nic Carter.

Hauptrollen:  
Bruno Elchgrün

Rita Clermont.

### Seine Frau

Meine Braut

Lustspiel in 3 Akten.  
Hauptrolle:

Paul Heidemann

## UFA THEATER UFA

Mozartsaal Kurfürstendamm 28  
Wochentags ab 7 Uhr Sonntags ab 4 Uhr

### Spitzen

Dänisches Schauspiel nach dem  
Roman von Paul Lindau

Hauptrolle:  
Gudrun Houlberg

Kammerlichtspiele Die Herrin der Welt

4 Wochen-Zyklus  
Titelrolle: Mia May / Künstlerische Oberleitung: Joe May

Vom 20. bis 23. Februar: 5. Teil: Ophir, die Stadt der Vergangenheit

Männliche Hauptrollen: Michael Bohnen / Paul Hansen

Regie: Uwe Jens Kraft

Vom 24. bis 27. Februar: 6. Teil: Die Frau mit den Milliarden

Männliche Hauptrolle: Paul Hansen

In den Kammerlichtspielen Presse-, Ehren-, Dauer- und Freikarten ungültig!

Hasselholtz 8. Teil: Die Rache der Maud Ferguson

mit Mia May / Hans Merendorf / Ernst Holmann

Nollendorfplatz 4 Alexanderplatz, Weinbergweg 16  
Schönberg

### Die Jagd nach dem Glück

Ein symbolisches Film-Schauspiel  
in 6 Akten

### Grete Freund, Felix Basch

in Mascotte nach Leo Leipziger Roman „Ballhaus Anna“

Hundemamachen mit Ossi Oswalda Regie: Rudolf Blebrach

Vorverkauf: Ab 27. Februar Hockert's Liebesabenteuer mit Ica v. Lenkeffy

Vorverkauf: U.T. Kurfürstendamm und U.T. Friedrichstraße 180 von 12 bis 1 Uhr

### Circus Busch

Route Freitag 7 1/2 Uhr:  
Das gr. Febr.-Programm

6 Geschw. Choverlat  
u. Drahtseilkünstler.

3 Urbanis, Kraftturner  
Amateur-Reiten

100 M. Belohnung erhält,  
wer dreimal stehend die  
Manege umreitet.

Sowie die Gr. Nummern.  
Rachetanz der  
Panthenen  
in „Aphrodite“.

Theater am Kolbuser Tor  
Tel.: Moritzplatz 14814.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
Elite-Sänger.

9 ehem. Mitgl. der  
Stettiner Sänger.  
Sonnt. nicht. 3 U.  
ermäß. Preis. (voit.)  
Abend-Programm.  
Blühgen - Konzert.  
Beginn 7 10 Uhr.  
Zum Schluß:  
Die Heben Verwandten.  
Vorverk. 11-1 1/2 u. 4-6 Uhr.

### WETROPOI

BEHRENST. 53-54  
Hanna Creswik  
Lilian Helten  
Lilly Heyn  
Willy Lillie  
Hans Friedl  
Guido Glalid  
Hella Ingrid  
Mae Waiten

„Der selige Oktave“  
Laczi u. Aenni  
In ihrem Tanzsketch  
Whisky Rausch  
(Traum eines Tänzers)

Kapelle Mundi Neumann.  
Am Flügel: E. Hentschel.

### UFA Lichtspiele

TarentzienPalast  
Der Amönenhof

Lustspiel nach dem gleichnamigen Roman  
von Gräfin von Adlersfeld-Ballessrem

mit  
Mia May

Regie: Uwe Jens Kraft

Wochentags: 7 und 9 1/2 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr  
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

### Olympia-Theater

(früher Voigt, Badstr. 38)  
Täglich 7 1/2 Uhr abends:  
Der Operettenschlager

Polnische Wirtschaft  
Operette in 3 Akten.  
Musik: Jean Gilbert.

Reichshall-Theater  
Jeden Abend 7 1/2 und  
Sonnt. um 8 U.  
Stettiner  
Sänger.  
Rachmittag  
ermäß. Preise

## Film-Palast Börse

Rosenthaler Str. 40-41  
(früher Neumanns Festsäle)

DAS NEUE LICHTSPIEL-THEATER

Eröffnung morgen den 21. Februar 1920

Nur erstklassige Filmwerke :: Großes Künstler-Orchester

Vorverkauf von 11 bis 1 Uhr.

### Großes Schauspielhaus

Sonntag, 22. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr

außer Abonnement:

### „Orestie“.

Regie: Max Reinhardt.

Hauptrollen:  
Alexander Wolff, Auguste Hinrichsen, Paul Sart-  
mann, Gustav Gimes, Elfe Heine, Josef Klein,  
Fritz Richard, Margarete Christians, Harold Paulsen.

Preise: Pl. M. 10 bis 2. Billets: Theater-  
kasse, A. Wertheim und im Invalidendank.

### Theater i. d. Königgräber Str.

Spielplan-Änderung:

Wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers  
findet die Aufführung von

### König Nikolo

erst in nächster Woche statt.

Am Sonntag, den 21. Februar, 7 1/2 Uhr:

### Schloß Wetterstein

mit Maria Oestla und Ludwig Hartau.

Am Sonntag, den 22. Februar, 7 Uhr:

### Die Stützen der Gesellschaft

Schauspiel in vier Akten von Henrik Ibsen.

Hauptdarsteller: Elie Lehmann, Ernst  
Bernburg, Alexander Ester, A. Schünzel, Grete  
Diercks, Rose Helldorf, Jenny Harbo, Ferdinand  
u. Alten, Gustav Topf.

### Sport Palast

Das größte Kino der Welt  
Potsdamer Str. 72 • Hochhaus Bülowsstr.

### Die Stimme des Gewissens

(Die Wahrung des Beichtgeheimnisses?)

Lotte Hagdorn

### Schall u. Rauch

im Großen Schauspielhaus  
Karstr., Schiffbauerdamm.

Neues Februar-Programm:

Gussy Holl  
Mady Christians  
Paul Graetz  
v. Twardowski

Klabund  
Orest Doelt  
Maria Lux

Musik. Ltg.: Friedr. Hollender  
Filmconference  
Karikaturenlit. v. Walter Trier

Eröffnung 7 1/2 U. Beginn 9 1/2 U.

### Admirals-Palast

Die lustige Puppe  
7 1/2 Uhr.

### DDO

Potsdamer Str. 38  
Uraufführung  
Eva May

in: Die Fee von  
Skt. Menard.

Lotte Neumann  
im Drama  
Prinzesschen.

Turmstr. 12  
Nur noch bis Montag  
König Makombe

4 Teil gr. Max-Films  
Die Herrin der  
Welt.

### Altmetalle

in Kupfer, Messing, Rotg., Aluminium, Zinn, Zink,  
Blei, Abfälle und Späne. Quecksilber kauft zu äußerst  
hohen Preisen von Fabrikanten und Händlern

„Metalleinkaufs-Centrale“,  
Berlin 50 16, Neanderstr. 15. Teleph.: Moritzplatz 667.

### Platin

höchste Preise

### Zahngelisse

bis 3000 Mark,  
jedoch pro Zahn  
nicht unter 15 M.

### Gold, Silber-

schmucksachen

Gebrauchs-  
gegenstände

sowie Bruch

Konkurrenz-Preis:

### Pilz

Alte Schönhauser  
Straße 19 II.

Geschäftszeit:  
9-5 Uhr.

Rupier . . . per kg 22.-

Neinng . . . . 12,50

Kolrub . . . . 18.-

Biel . . . . . 8.-

Zint . . . . . 6.-

Keinjinn . . . . 50.-

Quecksilber 130.-

Metalleinkauf

Schulzendorfer Str. 2.

### Strahlkraft

Wunderbar wirkt hat bei  
mir ihr Barthelemymittel  
„Parasan“. Es ist von allen  
Mitteln das beste, was ich  
seit vier Jahren angewendet  
habe. Bestrahlungen und  
alles andere haben nicht so  
geholfen, wie ihr berühmtes  
Spezialmittel. — Derartl. e An-  
erkennungen wiederholt. Be-  
reits tausende befreit.  
Mark 19,30 Otto Reichel,  
Berlin 43 50, Eisenbahnstr. 4.

### Kupier 22,-

Rotg. 19,-, Messing 13,-  
Biel 7,-, Zink 9,-, Eisen 6,80

Bank H. Hahn,  
Heckmannstr. 9 (Keller).

### Jeh

Rasier-  
Klinge

### Guerrhahn

Zu haben in allen ein-  
schlägigen Geschäften; direkt  
nur an Wiederverkäufer

Schramberger Ultrafedern-  
fabrik, G. m. b. H.,  
Schramberg (Württbg.).